

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger
Abonnement-Preis:
für Görlitz 12 sgr. 6 pf.,
innerhalb des ganzen Preußischen
Staats incl. Porto-Aufschlag
15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonnabend.
Insertions-Gebühren
für den Raum einer Petit-Zeile
6 pf.

Görlitz, Sonnabend den 19. October 1850.

Die Aufrechthaltung der Verträge von 1815.

Vom Main, 10. Octbr. Desterreich, um sich vor allen einsichtsvollen Deutschen, denen seine beständige Androhung und Ausrufung einer fremden Intervention in die deutschen Angelegenheiten die Schamröthe in's Gesicht treibt, wenigstens einiger Maßen deshalb zu vertheidigen, nimmt die Aufrechthaltung der Verträge von 1815 zum Vorwande seiner Deutschland entehrenden Politik. Abgesehen indeß von dem richtigen, leider durch die Diplomatie aber nicht immer befolgten Prinzip der Nichtintervention, möchten wir Desterreich wol fragen, welcher europäische Staat wol ein Recht hätte, sich aus diesem Grunde in unsere deutschen Angelegenheiten zu mischen. Desterreich selbst vielleicht? Aber hat es nicht gegen die ausdrücklichen Verträge von 1815 die Republik Krakau ohne Weiteres verschlungen? Oder Russland? Aber hat dieses nicht denselben Verträgen zu wider das Königreich Polen seiner Verfassung, überhaupt aller seiner darin festgesetzten politischen Rechte beraubt? Soll es nicht bis auf den heutigen Tag dem polnischen Handel noch die Freiheiten gewähren, die es ihm 1815 in dem Vertrage mit Preußen versprochen? Oder hat England, wo der Volksarm freilich die österreichischen Generale, wenn sie sich nur blicken lassen, durchprügelt, vielleicht das Recht, auf inständiges bitten Desterreich's, sich der in Deutschland verkannten Wiener Verträge von 1815 anzunehmen? Aber England hat ja gegen diese Verträge Belgien dem Könige von Holland genommen, ja uns Deutschen die Schmach angethan, den kleinen Belgiern einen Theil des großen Deutschland, die größte Hälfte von Luxemburg zu schenken, freilich mit Bewilligung des jetzt von Desterreich und Consorten wieder repräsentirten Bundesstags. Doch vielleicht kommen auf Desterreich's bitten die Franzosen an und über den Rhein, um den aller Rechtsbegriffe bar und ledigen Deutschen Achtung vor den Verträgen von 1815 einzulösen, wenn sie zur Bezahlung der Gerichtskosten auch den arroganten Preußen die Niedersächsischen wieder abnehmen und dem "großen Reiche" wieder einverleiben wollten. Aber haben die Franzosen nicht den Verträgen von 1815 zum Trotz und mit österreichischer, freilich etwas unwilliger Einwilligung zwei Revolutionen seitdem gemacht, die alten und die jungen Bourbons verjagt, ja zum Scandal Metternich's und seines jetzt repräsentirten Systems ihr Land zur Republik erklärt? Wenn aber die Fremden alle die alten Verträge von 1815 nicht gehalten haben, wenn Desterreich selbst sie nicht hält, indem es den eigenen Staat ganz umgestaltet, ja jetzt sogar gegen die Bundesakte die Ungarn und Gallizier zu Deutschland schlagen will: mit welchem Rechte will es denn unter diesem Rechtstitel eine fremde Intervention nach Deutschland ziehen? Da wir nun nicht glauben können, daß der österreichische Premier großes Verlangen darnach trage, daß nach der von ihm angerufenen fremden Intervention in Deutschland diese Executoren auch Desterreich wieder in den status quo der Verträge von 1815 versetzen, so hoffen wir, daß er nicht weiter auf dieser Idee, die ihm wahrscheinlich nur noch "vorschwebt" und noch nicht recht in Fleisch und Blut übergegangen ist, bestehen wird. Uebrigens glauben wir, daß mehr als eine Großmacht, England voran, selbst Russland nicht zuletzt, gar nicht abgeneigt wäre, auch Desterreich auf 1815 zurückzuführen.

[D. Allg. Ztg.]

Deutschland.

Berlin, 13. Oct. Daz die badischen Truppen aus der Mark wieder nach Westphalen zurückgehen, hat den Grund, daß dort durch den Abzug an die Grenze die Garnisonen leer geworden sind, die Unterbringung der Truppen also dort für jetzt ohne Schwierigkeiten ist. Außerdem treten hiermit die badischen Truppen unter das Oberkommando des Prinzen von Preußen, was von beiden Seiten gewünscht wird.

Berlin, 14. Octbr. Die gestrige Nummer der "Neuen Preußischen Zeitung" enthält folgende Erklärung:

So eben (Mittags 1½ Uhr) ist mir durch den Hrn. Postleipresidenten v. Hinkeldey — wie ich verstanden habe, "im Auftrage" — zu Protokoll eröffnet worden, "daß, wosfern die "Neue Preuß. Ztg." in ihrer regierungsfreindlichen Haltung und maßlosen Heftigkeit beharre, derselben der Post-Dabit entzogen werden würde." Ich habe diese Eröffnung natürlich mit dem gebührenden Respekt entgegengenommen, habe aber dabei nicht verschweigen können, daß derartige "Verwarnungen" auf mich im günstigsten Falle gar keinen Eindruck machen, daß überdies der Zeitpunkt jetzt nicht wohl gewählt sei, da die Entziehung des Post-Dabits für das laufende Quartal ungünstig und für das folgende von der wenigstens problematischen Zustimmung der Kammern abhängig sei, und daß ich endlich Jedermann das Recht bestreiten müsse, eine derartige "Verwarnung" zu ertheilen, und deshalb den Weg der Beschwerde an den Herrn Ministers v. Manteuffel Excellenz betreten werde. Schließlich die Versicherung, daß der moralische Urheber dieser Maßregel entschieden den unrichtigen Weg gewählt hat, um sein Ziel zu erreichen. Berlin, 12. Oct. Wagener.

Berlin, 16. Oct. Es ist jetzt beschlossen, daß der König und die Königin, wie in früheren Jahren, am 23. Dec. von Charlottenburg hier einziehen und bis zum Frühjahr hier residiren.

Berlin, 16. Oct. Die "N. Pr. Z." sagt: Wenngleich der Inhalt des eigenhändigen Schreibens Sr. K. H. des Kurfürsten von Hessen, welches Freiherr v. Dörnberg Sr. Maj. dem Könige überreicht hat, der Natur der Sache nach nicht in die Deffentlichkeit kommen kann, so verlautet doch so viel, daß nach demselben der Kurfürst angelegentlich wünscht, es möge das zur Zeit in Hessen bestehende Verhältniß zwischen Krone und Ständen mit Uebereinstimmung Preußens in's gesetzliche Geleise zurückgebracht werden.

Berlin, 16. Oct. In Nr. 236. der "Deutschen Reichszeitung" vom 5. d. M. wird in einem Correspondenzartikel aus Berlin eine angeblich von dem Justizministerium getroffene Entscheidung mitgetheilt, wonach Offiziere nicht als Zeugen vor dem Schwurgericht zu erscheinen nötig hätten. Der Verfasser jenes Artikels nennt das eine "neue Declaration der Verfassung" und meint, daß, wenn diese Entscheidung zu Recht bestehen bleibe, damit dem Geschworenengericht wieder ein Nerv ausgezogen sei. Nach den bestehenden Vorschriften (§. 352 der Criminalordnung) soll aber die Vernehmung der Offiziere, falls nicht besondere Umstände ein Anderes nothwendig machen, jedesmal vor dem Militärgericht erfolgen. Es ist daher ganz in der Ordnung und den bestehenden Gesetzen entsprechend, wenn Offiziere des aktiven Militärstandes nicht vor das Schwurgericht geladen, sondern wenn ihre vor dem Militärgericht abgegebenen Zeugenaussagen in dem Audienztermine vorgelesen werden, wie dies für alle ähnlichen

Fälle, wo ein Zeuge persönlich nicht gehört werden kann, im Gesetz angeordnet worden ist. Dass übrigens ein solches Verfahren mit dem Wesen der Schwurgerichte nicht unverträglich und überhaupt nichts Neues ist, ergiebt sich einfach daraus, dass dasselbe in der Rheinprovinz bereits seit beinahe 30 Jahren in Folge einer durch die Gesetzesammlung publicirten Verordnung vom 2. Aug. 1822 besteht, ohne dass Inconvenienzen daraus entstanden sind. Auch das Kammergericht hat neuerdings in einem hier vorgekommenen Falle dies Verfahren dem Gesetze für entsprechend erklärt.

In den nächsten Tagen werden im Justizministerium die Berathungen über den Entwurf der neuen Strafprozeßordnung unter Zugabe mehrerer hiesiger Juristen beginnen. Dem Vernehmen nach ist auch der Oberstaatsanwalt Friedberg aus Greifswald hierher berufen worden, um an diesen Berathungen Theil zu nehmen.

Wir hören, dass des Königs Majestät gestern, als an Allerhöchstes Geburtstage, geruht haben, der früher dem Herzog von Anhalt-Cöthen-Pleß gehörigen und nach dessen Tode auf den Grafen von Hochberg-Fürstenstein vererbten Standesherrschaft Pleß in Schlesien auch für die Dauer ihres Verbleibens bei der Familie des Grafen Hochberg die Eigenschaft eines Fürstenthums und dem jedesmaligen Besitzer den Titel eines Fürsten von Pleß mit dem Prädicat „Fürstliche Gnaden“ zu verleihen.

Gestern Abend ist der Ministerpräsident Graf von Brandenburg in Begleitung seines bei dem Garde du Corps-Regiment stehenden Sohnes und des Legations-Secretairs Grafen v. Flemming nach Warschau abgereist.

Man schreibt aus dem Regierungsbezirk Merseburg: Die Ausführung des Jagdgesetzes hat, ungeachtet aller Bemühungen, den erwünschten Erfolg nicht vollständig gehabt. Ist auch mehr Ordnung in die Ausübung des Jagderechts gekommen, so sind die Jagdbezieke nach dem Gesetz doch immer noch in zu kleinem Umfange gestattet, und ist folglich deren Zahl und die Zahl der Jagdpächter viel zu groß, als dass nicht in vielen Gegenden binnen wenigen Jahren das Wild beinahe ganz ausgerottet sein sollte. [C. C.]

Berlin, 17. October. Das „Osn. Tagbl.“ thieilt mit: Ein Freund Kinkel's, welcher sich viele Mühe gegeben hat, für dessen Lage eine Milderung zu erzielen, hat endlich von der preußischen Regierung folgende Antwort erhalten: „Das in Ew. Wohlgeboren Vorstellung vom 20. d. M. vorgetragene Geschäft dem Strafgefangenen, früheren Professor Kinkel, in der Strafanstalt zu Spandau, die Fortarbeitung seines begonnenen Werkes: „Kunstgeschichte der christlichen Völker“, und Ihnen die Lieferung der dazu nötigen Hülfsmittel zu gestatten, muss, als der für die Strafanstalten gegebenen Instruction zuwider hiermit zurückgewiesen werden. Potsdam, den 31. August. Königl. Regierung. Abtheilung des Innern. Troschil.“

— Der „D. Ref.“ wird d. d. Koblenz, 14. Oct. geschrieben: Wie wir so eben aus zuverlässiger Quelle vernehmen, hat das bei Kreuznach stehende Observationscorps Befehl erhalten, unverzüglich jene Gegend zu verlassen und sich mit den bei Wehlau zusammengezogenen Truppen zu vereinigen. Es wird daher in wenigen Tagen schon durch unsere Stadt marschiren und eine hier stehende mobile 12pfündige Batterie des 8. Artillerieregiments mit sich nehmen.

Naumburg, 16. Oct. Die Truppenbewegungen nach der kurhessischen Grenze dauern noch fort. Außer zwei Bataillonen des 14. Infanterieregiments, welche vorgestern hier durchpasst waren, ist gestern eine 750 Mann starke Jägerabtheilung, welche längere Zeit in Lübben stationirt gewesen, mittels eines Extrazuges von hier nach Eisenach befördert worden.

— Am dem Tage, wo die Tscherkessen zu Nowraclaw beerdigten, traf dort ein Schreiben vom Fürsten Paskevitsch ein, worin er für die Entschlehenen, die zu seinem Regemente gehörten, um eine humane Behandlung bat; er hatte hinzugefügt, dass es sämmtlich gebildete und wohlhabende Leute von guter Abkunft wären, die durch eine freundliche Behandlung am besten zu ihrer Pflicht zurückgeführt werden könnten. Sie sollten wegen Insubordination in ein weniger geachtetes Corps versetzt werden und waren deshalb nach Preußen geflüchtet.

Dresden, 16. Oct. Die zweite Kammer hat heute die Stellen derjenigen Abgeordneten, welche nach dreimaliger Abstimmung nicht erschienen sind, für erledigt erklärt. — In Betreff der sächsisch-schlesischen Eisenbahn sind die Anträge der Deputation ohne Debatte gegen 8 Stimmen angenommen worden. Der Hauptantrag lautete: „Die Kammer wolle der hohen Staatsregierung Vollmacht ertheilen, mit dem Directorium der sächsisch-schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft, in Folge der dem letzteren in den General-Versammlungen vom 4. Febr. und 15. Aug.

d. S. von den Aktion-Inhabern ertheilten Ermächtigung, einen Contract abzuschließen, wonach die sächsisch-schlesische Eisenbahn mit allen Aktiven und Passiven, unter den in den gedachten General-Versammlungen beschlossenen und im Berichte angeführten Bedingungen, von der Aktionengesellschaft als volles Eigentum des Staatsfiscus in die Hände der Staatsregierung übergeht. — Demnach zu genehmigen, dass die bisherige Aktivbeteiligung des Staates Seiten der Staatskasse von 2,603,637 Thlr.; die schwebende Schuld der Aktionengesellschaft von 210,000 Thlr. und die 4,000,000 Thlr. Aktien schuld, 6,813,637 Thlr. im Ganzen, auf das außerordentliche Staatsbudget gebracht und letztere unter die Verwaltung des Staatschulden-Ausschusses gestellt werde.“

Leipzig, 15. Oct. Der hiesige Schriftstellerverein hat eine artikelweise, gegen das neue sächsische Preßgesetz gerichtete Erklärung abgegeben, in der in Aussicht gestellt wird, dass Leipzig aufhören werde, der Mittelpunkt des deutschen Buchhandels zu sein.

Leipzig, 16. October. Die bisher hieselbst erschienene demokratische Monatschrift „Der Leuchtturm“ mit dem Beiblatt „Reichsbremse“ wird, um dem gänzlichen Verbote, das ihr nach mehrmaliger Confiscation drohte, zu entgehen, hier in Leipzig nicht weiter erscheinen. Wahrscheinlich ist ein neues, ganz in derselben Form in Dessau erscheinendes demokratisches Monatsblatt „Wartburg“ als Fortsetzung des Leuchtturms zu betrachten.

Ulm, 13. Octbr. Der Kaiser von Österreich ist heute, durch Unpässlichkeit abgehalten, nicht in Friedrichshafen erschienen; dagegen trafen Nachmittags 3 Uhr mit Dampfschiff der König von Bayern, der Erzherzog Rainer und viele hohe Militärs von Bregenz her dort ein, um bei unserem Kaiser das Mittagsmahl einzunehmen. Ob die Unpässlichkeit des Kaisers denselben noch länger in Bregenz aufhalten wird, ist noch unbestimmt. Der König von Württemberg ist bereits den 14. in Stuttgart wieder eingetroffen.

Wiesbaden, 14. Oct. Soeben verbreitet sich die Nachricht von der Verlobung unseres Herzogs mit einer Prinzessin von Anhalt-Dessau. Der „Nass. Allg. Ztg.“ zufolge wäre die künftige Braut des Herzogs Prinzessin Adelheid Marie (geb. den 25. December 1833) die Tochter des Prinzen Friedrich von Anhalt-Dessau und der Prinzessin Marie, Tochter des Prinzen Wilhelm von Hessen-Kassel.

K u r h e s s e n .

Kassel, 14. October. Es soll eine Ueberenkung zwischen Preußen und Österreich in Betreff der kurhessischen Frage zu Stande gekommen sein, welche Veranlassung zu dem Ministerwechsel gegeben habe, um möglichst friedlich die zwischen Regierung und Ständen aufgekommenen Differenzen zu schlichten. Man müsste glauben, dass eine solche Wendung der obschwebenden Angelegenheiten dem Kurfürsten unter den jetzigen Umständen nur erwünscht sein könnte; nach allen hier eingegangenen Mittheilungen haben außerdem die Vorgänge der letzten Zeit störend auf seine Gesundheit eingewirkt. Am Ende muss der Kurfürst einsehen, dass er nur der Spielball Hassenspug's war, welcher im grossdeutschen Interesse ihn zum Werkzeuge in Errichtung seiner Zwecke benützen wollte.

Kassel, 15. Octb. Die Abdankungsgerüchte finden ihre Gläubiger, wie ihre Vertheidiger. Der Kurfürst habe nicht gerade an vollkommene Verzichtleistung gedacht, heißt es, sondern nur an die Einsetzung eines Statthalters. Seine Wahl sei auf den Prinzen Friedrich, Bruder des Landgrafen Wilhelm, seit lange in preußischen Diensten und Gouverneur von Luxemburg, gefallen, aber an einer Bestimmung der Statuten des Hauses gescheitert. Auch soll man der Einwilligung des jüngeren Prinzen Friedrich, Sohnes des Landgrafen Wilhelm, nicht sicher gewesen sein, zu dessen Gunsten der letztere, zugleich um sich von seinem Einflusse auf Copenhagen nicht zu entfernen, habe Verzicht leisten wollen. Eine Mitregentschaft, wie sie bis zum Jahre 1847 in Kassel existierte, würde eine Bereitwilligkeit zur Aufopferung von Mitteln voraussetzen, wie sie Sr. Königl. Hoheit beizulegen Niemand ein Recht hat. Auf diese Weise gewinnt die Wiederkehr Sr. Königl. Hoheit, im Falle er einzuladen genötigt wird, in Mitten eines neuen Ministeriums allerdings an Wahrscheinlichkeit.

Kassel, 16. Octbr. Eine so eben erschienene Ordre bestimmt den Sammelplatz für jedes Truppencorps, wenn die Signale zu den Waffen rufen, und trifft sonstige Vorsichtsmaßregeln beim Ausbruch von tumult.

Kassel, 17. October. Die Bürgergarde hat beschlossen, sich nicht zu versammeln, wenn von Seiten der Militairbehörde Alarm geschlagen werde. Haynau erschien wieder auf der Parade.

Hanau, 14. Oct. So eben verbreitet sich die Nachricht, daß Ministerium Hassenpflug sei abgetreten. Wippermann und Oberappellationsgerichtsrath Elvers bilden ein neues Cabinet. Wer ihre Collegen sein werden, ist noch nicht bekannt. Hr. Hassenpflug, sagt man, erhalte den Gesandtschaftsposten in Wien. (!) Der Oberbefehlshaber Generallieutenant v. Haynau hat Weisung erhalten, alle weiteren Maßregeln einzustellen. — Mit dem hiesigen Offiziercorps hat auch der derzeitige Commandant, General v. Almelunnen, seinen Abschied begegnet.

Hanau, 16. Octbr. Gestern Abend haben die Offiziere des unter dem Kommando des Oberstlieutenants v. Marschall stehenden Bataillons Garde bis auf drei sämtlich ihren Abschied gefordert. Der gleiche Schritt ist von den Offizieren des ersten Bataillons geschehen, von denen ebenfalls drei sich ausgeschlossen haben. Zu Folge hieron hat es eine heftige Scene zwischen einem Stabsoffizier und Herrn Hassenpflug gegeben.

Schleswig-Holstein'sche Angelegenheiten.

Altona, 15. Oct. Nach allen übereinstimmenden öffentlichen und Privatnachrichten ist die Stimmung unter dem intelligenzten Theile der Bevölkerung im Herzogthum Schleswig, besonders in den Städten, eine sehr gedrückte. Man fühlt überall den Feind und sein feindliches Auftreten, mag dasselbe äußerlich auch noch so sehr innerhalb der Grenzen eines civilisierten Benehmens bleiben, was indeß keineswegs durchweg der Fall ist. Dabei kommt man mehr und mehr zu der Einsicht, wie die Zollverbindung mit Dänemark und die Brautweinsteuer das Land ruiniren und nichts weiter sind als eine nicht auf politischem, wohl aber auf materiellem Wege ausgeführte Incorporation Schleswigs. Die Dänen richten sich unter der Aegide ihres Regierungskommissairs in Schleswig recht häuslich ein, entlassen alle, die nicht mit ihnen gern ein Dödach theilen, und holen von ihren Landsleuten so viele herein, als nur Platz finden können. Fortwährend verlassen Einwohner das Herzogthum Schleswig und siedeln nach Holstein über, denn fortwährend wird die unverholene Aeußerung deutscher Gesinnung, der nicht verhüllte Zweifel an die rechtmäßige Geltung königl. dänischer Autorität in Schleswig mit Deportation bestraft, welche selbst wieder nach reiner Willkür zur Ausführung gebracht wird. Doch zeigen sich mitten in diesem Jammer Proben echt deutscher Gesinnung, welche bekannt zu werden verdienen, daneben freilich auch Proben der entschiedensten Niederträchtigkeit. Als bei Anlaß des Geburtstages des dänischen Königs der sogenannte Probst Martens einen Toast auf denselben ausbrachte, mit dem Hinzufügen Se. Maj. werde gewiß bald dem allgemeinen Wunsche, Schleswig zu incorporiren, nachgeben, erhoben sich Alle, nur der Deputirte C. und der Senator T. blieben sitzen und antworteten, gefragt, warum sie sich nicht erhöben, der Toast stehe im Wider spruch mit der ausdrücklichen Erklärung Sr. Maj., Schleswig nicht incorporiren zu wollen.

— Vom Bahnhofe wird berichtet: Heute sind in Rendsburg 3 dänische Dragoner und 4 Pferde als Gefangene eingebrochen worden.

Friedrichstadt, 15. Oct. Die arme Stadt hat schwer gelitten, und ihre Bewohner haben den gerechtesten Anspruch auf die thätige Theilnahme unsers Landes, die sich auch bereits aller Orten, trotz aller schweren Lasten, die wir, wenn auch freudig, ertragen, zu regen beginnt. Allein es fehlt doch noch viel, um sagen zu können: Friedrichstadt existire nicht mehr. Die südl. Häuserreihe gegenüber der Eider ist allerdings niedergeschossen, sowie auf dem Eiland das Fährhaus und die sonst dort beslegenen kleinern Gebäude. Auch vom Süden her weiter hinein in die Stadt war mancher Bau demolirt, so unter Anderem die Kirche der Remonstranten. Allein der ganze nördliche Theil stand unversehrt, und die Schäden, die einzelne Kugeln angerichtet haben mögen, werden jedenfalls leicht zu repariren sein. Uebrigens ward bei weitem nicht Alles, was niedergebrannt ist, von unsrer Seite in Flammen gesetzt. Das wenigstens ist unzweifelhafte Thatfache, daß die Dänen jene Kirche und mehrere dazu passend gelegene Gebäude mit eigener Hand in Brand steckten, um beim Sturm durch den Feuerschein unsre Truppen zu blenden, und sich selbst zu Nutzen die Dunkelheit zu erhellen. Die Veröffentlichung dieser Thatfache mag dazu dienen, die Perfidie der dänischen Presse in das rechte Licht zu stellen, welche die Beschließung Friedrichstadts durch unsre Truppen zu ihren Zwecken ausbeutet.

Hamburg, 17. October. Auf der Linie soll ein Gefecht engagiert sein.

Oesterreichische Länder.

Wien, 14. Octbr. Die telegraphische Depesche mit der Nachricht von der Union hatte schon großes Aufsehen gemacht, allein noch größeres machte eine geistige, nach welcher sich der Prinz von Preußen nach Bregenz zu den verbündeten Fürsten

begeben hatte. Die Börse machte ein besonders freundliches Gesicht dazu. Auch will man wissen, daß, die deutschen Wirren betreffend, zwischen dem französischen und englischen Cabinet bereits ein lebhafter Notenwechsel stattgefunden habe, dessen Resultat ein zwischen beiden Mächten in dieser Angelegenheit geschlossenes Bündniß sein soll. Ungeachtet aller Widersprüche wird die Reise des Hrn. v. Persigny mit dieser Frage verwickelt; ja man behauptet sogar, es seien alle auswärtigen Mächte zu der Erklärung aufgefordert worden, ob das Vorgehen Preußens die Verträge des Jahres 1815 verletze oder nicht.

— In sonst wohlungsterritorien Kreisen spricht man von von einem österr. Proteste, der noch vor Abreise des Hrn. Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg abgesendet worden sein soll, und in dem die Einziehung der preuß. Besatzung in Hamburg gefordert wird; weil es sonst jeder deutschen Macht freisteht müßte, mit deutschen Truppen irgend einen Theil des deutschen Reiches zu besetzen.

— Das unter dem Befehle Sr. k. Hoheit des Erzherzogs Albrecht stehende Armeecorps in Böhmen besteht gegenwärtig aus circa 85,000 Mann der besten österreichischen Truppen.

Wien, 16. Octbr. Babarezy, der Verfasser der "Bekanntnisse eines Soldaten," ist vom Hoflager zu Innsbruck entlassen worden.

Wien. Dem Vernehmen nach wird Se. Majestät der Kaiser von Bregenz direct über Salzburg nach Wien zurückkehren und dürfte schon im Laufe dieser Tage hier eintreffen.

Italien.

Turin, 11. Oct. Pinelli ist bereits in Florenz angekommen; seine Sendung ist misglückt.

Frankreich.

Paris, 15. Oct. Der heutige "Moniteur" drückt den gestrigen Angriff des "Constitutionel" auf die Vertagungs-Commission nach. — Persigny bleibt nur kurze Zeit in Berlin und geht wahrscheinlich nur wegen formellen Abschiedes vom Könige von Preußen dahin ab. — Das "Bulletin de Paris" und "Abend-Moniteur" sprechen von dem Bündniß zwischen Frankreich, Preußen, England und Piemont. — Ferd. Barrot's Abberufung von Turin wird erwartet.

Paris, 15. Octbr. Der Justizminister hat die Staatsanwälte zur strengsten Überwachung der Journale aufgefordert. — Die Gesellschaft des 10. December beabsichtigt, zu Lyon und Straßburg Filiale zu errichten. — General Noguet hat zu Gunsten Lahitte's seine Kandidatur im Nord-Departement zurückgenommen. — Schon sind über 300 Repräsentanten hier, die täglich Partei-Versammlungen halten.

Belgien.

Brüssel, 15. Octbr. Graf Oscar v. Reichenbach ist ausgewiesen worden.

Großbritannien.

London, 10. October. In Amerika wird so eben ein Stück Frauenemancipation verwirklicht; die gesetzgebende Versammlung von Pennsylvania hat beschlossen, ein Collegium zur Erziehung weiblicher Doctoren der Medicin zu gründen. Den ersten Doctorhut soll eine Miss Elisabeth Blackwell erhalten, die in Genf und Paris studirt hat.

Nußland.

Warschau, 15. Octbr. Gestern früh 5 Uhr traf der Kaiser hierselbst ein. In seinem Gefolge befindet sich der General-Adjutant Graf Orlow.

Reditiert unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Handel und Industrie.

Stettin, 16. Octbr. Endlich wird der schon früher besprochene Plan einer fortdauernden, regelmäßigen Handelsverbindung zwischen Stettin und der Westküste Afrikas zur Ausführung kommen. Einige der angesehensten hiesigen Kaufleute haben unter Zugabe von Personen, die mit den afrikanischen Geschäftsvorhängen vertraut sind, die Umrisse zu Statuten entworfen, nach welchem eine Actiengesellschaft zu dem oben genannten Zwecke

gegründet werden soll. Sie wird den Namen „Afrikanische Compagnie“ führen, und in Aktionen zu 250 Rthlr. ein Kapital von 200,000 Rthlr. zusammenbringen, jedoch ihre Wirksamkeit beginnen, sobald 100—120,000 Rthlr. gezeichnet sind. Die Aktionizeichnungen haben bereits begonnen und bis heute ein sehr erfreuliches Resultat geliefert.

(Stett. Bbl.)

Lausitzer Nachrichten.

Görlitz, 17. Oct. Der Chef-Präsident des Königl. Appellationsgerichts zu Görlitz, Graf Ritterberg, ist gestern hier eingetroffen, stieg im Gasthofe zum „Preuß. Hof“ ab und revidierte, nachdem er bald nach seiner Ankunft der Sitzung des hiesigen Kreisgerichts beigewohnt hatte, das Kreisgerichts-Gefängniß und setzte heute seine Reise nach Lauban fort.

Ebenso traf heute der Freiherr von Gablenz aus Dresden hier ein und blieb im Gasthofe zum „Rhein. Hof“ über Nacht.

X.

— Aus der Haide. Von den acht Knaben, deren einer aus Preußen, fünf aus Sachsen und zwei aus Böhmen, welche als Brandstifter von 92 Bränden einen Schaden von mehr als 600,000 Thlr. angerichtet, röhren gesäßlich auch die zwei Brände in Kaupe und Nieder-Biele her, welche ihrer Zeit so unerklärlich erschienen, daß die unglücklichen Abgebrannten zu dem Jammer ihres Verlustes am Obdach und Habe auch noch den ungerechten Verdacht der Fahrlässigkeit oder gar den künftigen Vorwurf, sich selbst das Haus angestellt zu haben, erfahren müßten. Endlich ist es — Dank Allen, die dabei mitgewirkt haben — zum Troste der armen Abgebrannten und zur Freude jedes Rechtschaffenen ermittelt und erwiesen, daß sowohl das am 3. Sept. 1847 bei der Witwe Winkler in Kaupe am hellen Mittage, wie

das am 2. Juni 1848 bei der Witwe Schade in Nieder-Biele bald nach 10 Uhr Abends auskommende Feuer von drei jener ruchlosen Buben angelegt worden ist und zwar aus Rache, weil ihnen, als sie daselbst gebettelt, nichts gegeben worden war. Am meisten litt dabei die Witwe Schade, denn der unselige Verdacht entzog der Unglücklichen alle und jede Unterstützung und Handreichung, und nicht selten ward sie bei ihrem Bitten mit dem herzzerissenden Vorwürfe abgewiesen, daß sie sich ja selbst in's Elend gebracht und keiner Unterstützung würdig sei. Ja, es fehlt nicht an Solchen, die es am liebsten beschworen hätten. Wehe, wer es wagte, sie zu verteidigen, der war in den Augen des großen Haufens, welcher gar kluge Leute zu Führern hatte, nicht nur mit Blindheit geschlagen, oder that es sicherlich aus bloßer Gunst und gegen seine Überzeugung. Wer vergilt der Armen nun die Seufzer und Thränen, die ihr solch' schändlicher Verdacht ausgepreßt? Wer gibt ihr Erfolg für den Verlust, den sie dadurch erlitten, daß ihr alle Hilfe ver sagt wurde? Können Diejenigen, welche es sich so sehr angelegen sein ließen, ihrem ungegründeten Verdachte Eingang zu verschaffen, je wieder gut machen, was sie der zwiefach Geschlagenen Leides zugefügt? Doch, Gott ist gerecht! —

Mittels Rescripts des Königlichen Finanz-Ministeriums vom 21. d. M. ist dem Förster Reichle zu Forst, Oberförsterei Dobrilugk, in Anerkennung seiner langjährigen, treuen und eifreigen Dienstführung, das Hirschfängerkoppel von grünem Saffian mit dem Adlerschloß verliehen.

Guben. Der Mühlen- und Fabrikbesitzer, Regierungs-Assessor a. D. Bothmer hieselbst, ist für hiesige Stadt und Umgegend als Agent der Preußischen Versicherungsbank zu Berlin bestätigt worden.

Fürstenwalde. Der Tuchfabrikant Ludwig Iseler hieselbst ist für die hiesige Stadt und Umgegend als Agent der Leipziger Brandversicherungsbank für Deutschland bestätigt worden.

Bekanntmachungen.

[530] Bekanntmachung.

Die Lieferung von 23 Stück grünen Filzhüten für die Forstbeamten der Communalhaide soll im Wege der Submission, unter Vorbehalt der Auswahl unter den Concurrenzen, verhandelt werden. Es werden daher qualifizierte Bewerber zur Abgabe ihrer, auf der magistrativen Kanzlei bis zum 26. d. Mts. versiegelt einzureichenden Offerten hierdurch mit dem Bemerkung aufgefordert, daß der zum Modell dienende Probehut und die näheren Bedingungen daselbst zur Ansicht bereit liegen.

Görlitz, den 15. October 1850.

Der Magistrat.

[531] Bekanntmachung.

Es sollen die auf dem ehemals Fehler'schen Grundstücke sub No. 836. in der Jacobsstraße stehenden Gebäude unter Vorbehalt des Zuschlags und mit der Verpflichtung sofortigen Abbruchs öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden. Hierzu steht Montag den 21. d. M., Nachmittags 2 Uhr, an Ort und Stelle Termin an, zu welchem cautiousfähige Kauflustige mit dem Bemerkung eingeladen werden, daß die näheren Bedingungen im Termine selbst publiziert werden sollen.

Görlitz, den 15. October 1850.

Der Magistrat.

[539] Für die zu errichtende v. Gersdorff'sche Fortbildungsklasse sollen nachgezeichnete Utensilien:

24 Rohrstühle, 1 Schrank, 1 Tafel nebst Stativ, 2 Kleiderrechen, im Wege der Submission binnen 6 Wochen beschafft werden. Die Probestücke zu diesen Utensilien werden im Mädchenschulgebäude den Submittenten vom Schuldiener Conrad vorgezeigt werden. Submissionen sind verschlossen bis zum 26. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, in unserer Registratur abzugeben.

Görlitz, den 17. Octbr. 1850.

Der Magistrat.

[558] Auction. Montag den 21. und Dienstag den 22. d., von 9 Uhr ab, werden Jüdengasse No. 257. verschiedene Sachen, wobei die zum Drechsler-Sahlmüller'schen Nachlaß gehörigen Gegenstände, als: Porzellan, Zinn, Leinzeug, Meubles und Hausrath, wobei mehrere Badenschränke mit Kommoden und Glasauflauf, Glasschränke, Kleidungsstücke etc.; ferner am Dienstag die gesammelten Vorräthe an Drechsler-Waren, als: 6 Billard-Bälle, Tabakpfeifen, Abgüsse, Köpfe, Nöhre, Schläuche, Spisen, Stöcke, Cigarrenspizen etc. meistbietend versteigert.

Gürthler,
gerichtl. und außergerichtl. Auctionator.

[557] Nicht zu überschauen!

Alle Diejenigen, welche noch Ansprüche an die Casse der herrschaftlichen Kallöfen und der Ziegelei zu Cunnersdorf haben, werden hiermit aufgefordert, sich binnen 8 Tagen bei dem Wirtschaftsamte zu melden. Eben so werden die Restanten zu gleicher Meldung aufgefordert, widerfalls gegen sie Klage erhoben wird.

Cunnersdorf, den 17. October 1850.

Das Wirtschafts-Amt.

Das bei Ferd. Jansen in Weimar erscheinende Journal für moderne Stickerei,

Mode und weibliche Handarbeiten,

herausgegeben von Natalie v. Herder,

bringt in monatlichen Heften in höchst eleganter Ausstattung:
1) ein sauber colorirtes Muster für Buntstickerei;
2) ein in Kupfer gestochenes Pariser Modebild;
3) einen großen Bogen mit Mustern für Weißstickerei, Zubehörstücken aller Art, Schnittmustern (Patronen), Möbel, Decorationen etc.;
4) einen halben Bogen mit erklärendem Text zu den Mustern und neuen weiblichen Handarbeiten;
5) ein Feuilleton mit Novellen, dem neuesten Pariser Modenbericht und einem „Nipp estisch“ aus der Zeitgeschichte;
6) sehr häufig in Extra-Beilagen musikalische Compositionen für Clavier und Gesang, colorirte Möbel- und Drapperie-Muster und andere praktische Gegenstände.
Kostet auf ein Quartal nur 3 Thlr. und es werden vom 1. October an (sowie auch auf die früher erschienenen Quartale und Jahrgänge seit 1844) von allen Buchhandlungen Bestellungen angenommen und prompt ausgeführt, in Görlitz von G. Heinze & Comp.

Bei G. Heinze & Comp., Oberlangengasse No. 185., ist zu haben:

Kreiskarte von Görlitz.

Preis 5 Sgr.

Höchste und niedrigste Getreidemarktpreise der Stadt Görlitz vom 17. October 1850.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Kartoffeln
	Rg Sgr	Rg Sgr	Rg Sgr	Rg Sgr	Rg Sgr	Rg Sgr
Höchster	2 10	— 1 15	— 1 2 6	— 21 3	— — —	— — —
Niedrigster	2 2 6	1 10	— 1	— — —	18 9	— — —